

**H**ubert Aiwanger (40) ist Landesvorsitzender, Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag und Bundesvorsitzender der Freien Wähler. Der gebürtige Niederbayer hält die ländlichen Räume und deren Entwicklung mindestens für genauso wichtig wie die der Metropolen. Die Anbindung der Regionen bis zum kleinsten Ortsteil mit schnellem Internet ist dabei eine der wichtigsten Voraussetzungen ...

von Elke Neureuther

**?** *Wie weit ist der Breitbandausbau in Bayern heute?*

**!** Auf alle Fälle ist das Thema Breitband eine massive Baustelle in der bayerischen Landespolitik. Ich finde es traurig, daß der Breitbandausbau zum Jahresende offiziell für abgeschlossen erklärt werden soll, nach dem Motto: 1 Mbit/s ist genug. In vielen Regionen haben wir nicht einmal dieses 1 Mbit/s und darüber hinaus ist festzustellen, daß 1 Mbit/s nicht mehr der Stand der Technik ist. Stattdessen müssen wir auf eine Leistung von 50 Mbit/s abzielen.

**?** *Wie sollen 50 Mbit/s für alle Regionen realisiert werden?*

**!** Zunächst müßte der Freistaat Bayern das „500.000 Euro Förderprogramm des Bundes“ annehmen, und nicht mit dem „100.000 Euro Bayern-Programm“ rumstöpseln – wir müssen die Tragweite dieser Thematik einfach politisch

erkennen. Wir sehen jetzt beim Thema Umbau für erneuerbare Energien was möglich ist, wenn man den politischen Willen dazu hat. Wenn der politische Wille dazu parteiübergreifend postuliert wird und die Regierung endlich akzeptiert, daß wir bayernweit auf die 50 Mbit/s

*„Daß sich der Staat so zurücknimmt ist eine der Ursachen, weshalb es kein Vorankommen in diesem Thema gibt ...“*

zusteuern müssen, dann ist es auch möglich, dafür auch Geld freizubekommen.

### **Mobiles Internet als Übergangslösung**

**?** *Ist LTE das „Allheilmittel“ zur Anbindung des ländlichen Raums?*

**!** Nein. Ich bin überzeugt, daß LTE nur eine Krücke ist, die in vielen Fällen nicht funktioniert und daß eigentlich damit nur Zeit vergeudet wird, weil man in 1-2 Jahren feststellen wird, daß die Übertragungsraten nicht ausreichen. Ich bin der Meinung, daß es maximal ein kurzes Trostpflaster und nicht das Rückgrad des Breitbandausbaus in Bayern ist.

**?** *Wird die mobile Nutzung von LTE nicht schon die Kapazitäten auslasten?*

**!** Soweit ich weiß, sind die aktuellen Lösungen nicht so praxistauglich. Man kann sich auf Dauer nicht drauf verlassen, daß die Übertragungsraten den Bedarf abdecken. Wenn Fachleute das in Zukunft besser hinbekommen, freue ich mich darüber, aber ich warne davor,



Bilder: Freie Wähler Landtagsfraktion

diese Technik für ausreichend zu befinden und alles andere als überflüssig zu erachten.

**?** Wer soll den Ausbau mit Glasfasernetzen bezahlen?

**!** Im Prinzip lautet die Frage: Wie gehen wir mit der öffentlichen Daseinsvorsorge um? Wir – die Freien Wähler – sagen, daß diese öffentliche Daseinsvorsorge in die Hand des Staates gehört, sonst hat der Staat bei diesem Thema nicht mehr viel mitzureden und ist am Ende nur Bittsteller. Die Betreiber bestimmen selber, was sich für sie rechnet. Der Staat könnte hier zwar Versorgungsnotwendigkeiten definieren, aber er ist immer in der passiven Position.

Hätten wir den Telefonausbau in der Nachkriegszeit mit derselben Herangehensweise, wie jetzt beim Breitbandausbau, organisiert, hätten wir in vielen Dörfern bis heute noch keine Telefonanschlüsse. Die Begründung der Unternehmen wäre, daß das Verlegen einer solch langen Leitung für jemanden, der nur drei Mal in der Woche telefoniert, nicht wirtschaftlich ist. Eine solche Situation haben wir heute beim Breitbandausbau. Daß sich der Staat so zurücknimmt, ist eine der Ursachen, weshalb es kein Vorankommen in diesem Thema gibt.

### Rechte und Pflichten verteilen

**?** Sind Sie für eine Förderung der Leerrohrverlegung?

**!** Ja, auf alle Fälle. Die Leerrohrförderung ist ja auch mit dem Bundesbreitbandprogramm abgedeckt. Aber natürlich ist am Ende immer die Frage: Wem gehören die Leerrohre, wer profitiert davon? Es kann nicht sein, daß wir jetzt mit Steuergeldern die Rohre verlegen und dann nur die Telekommunikationsbetreiber daran verdienen. Hier muß geklärt werden, wer letztendlich die Rendite bekommt. Hinzu kommt, daß vielfach Trassen bei Bauvorhaben aufgebaggert, aber keine Leerrohre mit verlegt werden. Hinterher bedauert man das dann.

**?** Wer kann den Leerrohrausbau koordinieren?

**!** In jedem Fall ist hier der Staat gefordert, ohne ihn geht es nicht. Man kann diese Aufgabe nicht allein den Telekommunikationsbetreibern überlassen. Wir brauchen in Bayern für jeden Regierungsbezirk Personal, das weiß, welche Bauvorhaben geplant sind und das dann mit den Kommunen maßgeschneiderte Lösungen erarbeitet. Da sind wir in Bayern momentan personell viel zu schlecht aufgestellt. Auf Bezirksebene sitzt in der Regel ein Berater,

„ Wir sind noch meilenweit von einer vernünftigen flächendeckenden Versorgung entfernt ... “

## SCHNELLE NETZE, TEIL 18: „Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die Hand des Staates“



der die Anträge bearbeitet und viel zu weit weg ist von der Praxis in den Gemeinden.

**?** Welche Folgen haben fehlende schnelle Anbindungen für die Gemeinden?

**!** Eine Folge ist die Abwanderung der Bevölkerung. Wenn man vor Ort zum Beispiel hochqualifizierten Einwohnern keine Heimarbeitsplätze anbieten kann, ist dies für sie ein Grund wegzuziehen. Breitband gehört heute zur Lebensqualität. Wenn junge Leute keine schnellen Internetanschlüsse haben, ist der Wohnort einfach nicht mehr attraktiv. Dies ist mit eine Ursache für das Ausbluten des ländlichen Raums. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß

„ Außerdem müssen wir die Tragweite dieser Thematik einfach politisch erkennen. “

Breitband in vielen Gegenden mittlerweile wichtiger ist als der Zustand der Straßen.

### Vorauswahl der Anbieter nötig

**?** Mancherorts bauen Anbieter die Verbindungen nicht weiter aus, weil Einwohner bereits Flatrates bezahlen für Geschwindigkeiten, die sie gar nicht bekommen. Was kann man dagegen tun?

**!** Im Prinzip wird der Bürgermeister auch hier wieder im Stich gelassen. Der Staat müßte sich einschalten und einfordern, daß das, was an Leistung bezahlt wird, auch geliefert wird. Man hört von sehr vielen Kommunen, denen Telekommunikationsanbieter in der Vergangenheit zwar Leistungen angeboten haben, die dann aber gar nicht in der Lage waren, die angebotenen Leistungen überhaupt zu liefern. Am Markt gibt es einige schwarze Schafe. Diese müßten gezielter aussortiert werden. Wir haben dazu im Landtag eine Anfrage ans Ministerium gestellt, ob diese Problematik bekannt ist und ob etwas dagegen unternommen wird. Darauf kam die Antwort, daß es doch kein so großes Problem gebe.

Die bayerische Staatsregierung ist nicht eindeutig genug an der Seite der Bevölkerung. In meinen Augen deckt sie teilweise sogar Machenschaften der Unternehmen und mischt sich nicht ein. Das paßt zur unseligen Tradition eines Erwin Huber, der schon vor der Landtagswahl gesagt hat, daß der Breitbandausbau den Staat nichts anginge und der Markt das Ganze allein regelt. Ich halte es auf jeden Fall für eine Aufgabe des Staates, den Kommunen zu helfen. Anbieter, die sich nicht an die von ihnen angekündigten Leistungen halten, sollten verwart werden und im Ernstfall von der weiteren Ausschreibung ausgeschlossen werden können. Häufig gibt es das Problem, daß Anbieter auf dem Rechtsanspruch bestehen, bei einer Ausschreibung ein Angebot abzugeben, und die Gemeinden das Angebot

**Schnelle Netze, Teil 18****ÖFFENTLICHE DASEINS-  
VORSORGE GEHÖRT ...**

annehmen müssen. Die Kommunen wissen aber schon aus Erfahrung, daß die Lösung dieses Anbieters gar nicht funktioniert. Diesen Sachverhalt muß die Gemeinde dann beweisen und das dauert gerade bei kleinen Kommunen ganz besonders lange. So geht wertvolle Zeit verloren.

**„Ermüdung der Bürgermeister“**

**?** *Wie ist denn der Versorgungsstand in Ihrer Heimat Niederbayern?*

**!** Unterm Strich auch unbefriedigend. Natürlich je nach örtlicher Gegebenheit sehr verschieden. Häufig ist ein Ortsteil bereits mit Glasfaser angeschlossen und 1 km weiter gibt es keine schnellen Anschlüsse. Der Ausbau war bisher lückenhaft, dem Zufall überlassen und von den Bemühungen jedes einzelnen Bürgermeisters abhängig. Mancherorts wurden auch bisher unbekannte Verteilerstationen oder Glasfaserstränge entdeckt, die der Gemeinde und auch den Beratern unbekannt waren. In solchen Fällen fehlt die Koordination. Be-

zogen auf Niederbayern muß ich eindeutig feststellen, daß die Versorgung bisher sehr wenig zufriedenstellend ist.

**?** *Ist denn das Bewußtsein für die Notwendigkeit des Ausbaus in den Gemeinden inzwischen da?*

**!** Ja, aber ich sehe mittlerweile eher eine gewisse Ermüdung der Bürgermeister, die sich nun seit mehreren Jahren um das

Thema bemüht haben. Teilweise wurden bereits Gelder bis zur 100.000 Euro Fördergrenze verbaut und für den weiteren Ausbau

würde eine halbe Million benötigt, aber mehr Förderung ist nicht zu bekommen. Die Bürgermeister sind teilweise frustriert und ermüdet, deshalb lassen sie das Thema wegen mangelnder Hilfen wieder ruhen. Jetzt muß ein Bürgermeister selber dafür Leute anheuern, die ihm helfen und der Telekom monatelang hinterhertelefonieren. Es herrscht ein Bedarf an Beratern und an finanzieller Förderung.

„Die bayerische Staatsregierung ist nicht eindeutig genug an der Seite der Bevölkerung.“

**Lücken schließen mit Beteiligung des Bundes**

**?** *Wie kann man Anbietern Anreize schaffen, damit sie auch dort ausbauen, wo nicht das große Geld zu verdienen ist?*

**!** Vielleicht muß man den Anbietern einräumen, in gewissen Gebieten etwas mehr verdienen zu dürfen, wenn sie schon ausbauen. Aber auf jeden Fall müssen alle Beteiligten erkennen, daß wir beim jetzigen Ausbaustand nicht bleiben können. In irgendeiner Form muß hier wohl Geld hineingepumpt werden. Teilweise wären Endkunden sogar bereit, ein etwas höheres Entgelt zu bezahlen, wenn dann endlich funktionierende



Anschlüsse gelegt wären. Häufig liegen aber nicht einmal brauchbare Angebote für den Ausbau vor. Es gibt außerdem Kommunen, die nicht einmal Angebote bekommen, da die Anbieter den Ausbau für unrentabel

erachten. Die Bundesregierung muß dabei helfen, diese Lücke zu überbrücken, ohne ihre Beteiligung wird es nicht gehen.

**?** *Sollte das Breitbandförderprogramm in Bayern auch nach Ende 2011 fortgesetzt werden?*

**!** Nicht nur weitergeführt, sondern sogar erheblich beschleunigt und verbessert werden. Bayern müßte endlich das Bundesförderprogramm mit 500.000 Euro oder vergleichbare Programme ansteuern. Bisher hat aber der politische Wille gefehlt, weil man die Co-Finanzierung nicht leisten wollte. Gerade im Zusammenhang mit dem Thema ländlicher Raum und Zukunftsrat ist es wichtig, daß den Worten auch Taten folgen. Das wäre vielleicht der politische Aufhänger, um das Thema mehr zu beschleunigen.

**Strukturschwache Räume gezielt fördern**

**?** *Wie ist Ihre Meinung über den Zukunftsrat und seine Vorschläge?*

**!** Man kann aus dem Zukunftsrat alles herauslesen, was man herauslesen will. Zum einen die Stärkung der ländlichen Räume, und zum anderen die Metropolisierung. Für mich ist wichtig, was in Bayern politisch passiert, und da kann man feststellen, daß wir politische Defizite gerade in den ländlichen Räumen haben. Der Zukunftsrat war der Weckruf und der Widerstand dagegen war mehr als berechtigt, weil die Metropolisierung herauszulesen war und die ländlichen Räume als Erholungsgebiete abgestempelt wurden. Es sind ja drei verschiedene Szenarien beschrieben worden. Entweder könnte man nur die Metropolen fördern, oder Metropolen und ländliche Räume, oder nur strukturschwache Räume.

Bei diesem Thema liegt die politische Zielsetzung der Freien Wähler eindeutig auf der gezielten Förderung der strukturschwachen Räume. Sollte dann noch Geld da sein, sollten als nächstes die Mischgebiete und im Anschluß daran die Metropolen gefördert

**DIE INITIATIVE ERGRIFFEN****„Aufbruch jetzt! Niederbayern“**

Jüngst haben niederbayerische Landräte und Bürgermeister in Deggendorf ihren Zukunftsplan für die Region an den bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer übergeben. Zusätzlich zur demographischen Analyse haben mehr als 200 Mitwirkende aus Gemeinden, Kammern, Verbänden, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen Handlungsvorschläge erarbeitet. Hierbei mitgewirkt hat, wie schon im Impulsgremium als Reaktion auf den Zukunftsrat der bayerischen Staatsregierung, der HWK-Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler aus Regensburg. In insgesamt 8 Arbeitskreisen wurden Themengebiete wie Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur, Gesundheit, Tourismus, Landwirtschaft, Energie, Kommunal Finanzen, Regionale Identität usw. behandelt. Aus den erarbeiteten Zielen ergaben sich die notwendigen Schritte und weitere Forderungen an die bayerische Staatsregierung. Bei der Übergabe des 328 Seiten starken Abschlußberichts sicherte Seehofer zu, das Papier in die Ministerien zu verteilen und bei der Klausurtagung des Kabinetts im Herbst zu berücksichtigen. Dabei gelte nach Auskunft der bayerischen Staatskanzlei das Motto: „Stadt und Land – Hand in Hand“.

werden. Eindeutige Förderpriorität sollte auf den schwachen Räumen liegen. Der Gedanke der Sonderförderzonen und der Wiedereinführung einer Grenzlandweiterentwicklung ist darin miteinbezogen. Ebenso gehört dazu die Überlegung, ob der Solidaritätszuschlag unabhängig von der regionalen Entwicklung ausschließlich in den neuen Ländern angesiedelt werden soll oder ob man nicht eher darauf drängen sollte, den Soli bundesweit in die strukturschwachen Gebiete fließen zu lassen. Solche strukturschwachen Gebiete gibt es im Osten wie im Westen. Ohne Ansehen des Bundeslandes sollte vielmehr die wirtschaftliche Entwicklung angesehen und dann das Geld in diese Gebiete investiert werden.

### Viele Themen gehören zur Entwicklung des ländlichen Raums

**?** Sollten zuerst Gemeinden Förderungen bekommen, aus denen schon viele abgewandert sind?

**!** Natürlich gibt es mit Sicherheit verschiedene weitere Ursachen, die zu einer Abwanderung führen können. Meine Überzeugung ist, daß man durchaus in den schwachen Gebieten mit der Förderung beginnen muß, weil das eine Strömung ist, an der wir nicht vorbeikommen. Im Einzelfall muß man dann entscheiden, ob zuerst eine Gemeinde gefördert wird, in der die Menschen schon ihre Koffer gepackt haben, oder eine, in der die Menschen gerade darüber nachdenken, ihre Koffer zu packen. Wichtig ist, daß wir am Ende alle Gebiete erreichen und gerade auch die strukturschwachen Gebiete, um dort noch die letzten Leute zu halten.

**?** Die Freien Wähler haben eine Studie zur Entwicklung im ländlichen Raum erarbeitet. Was sind die Ergebnisse?

**!** Wir haben darin verschiedene Szenarien ausgearbeitet, die der Staat umsetzen müßte, um Räume gezielt zu fördern. Dazu gehören auch Themen wie die Bildungspolitik, staatliche Planungsinstrumente wie der Landesentwicklungsplan, Verkehrsinfrastruktur und dergleichen. Was sind die

wichtigen Aspekte, damit die Leute vor Ort bleiben und ihnen die Lebensqualität erhalten bleibt? Es ist unsere Aufgabe, dieses Thema gezielt von allen Seiten zubeachten. Es ist eine ganze Bandbreite von Themen, angefangen vom Hausarzt, der wegzieht, über die Wertschöpfung, die über Erneuerbare Energien möglich wäre, über Verkehrsanbindungen und Tourismus, bis hin zu Bildungsangeboten vor Ort. Wir müssen alle Facetten beleuchten, die das Leben vor Ort möglich machen, und der Staat kommt nicht umhin, alle diese Facetten zu bedienen.

**?** Gehört zur Entwicklung des ländlichen Raums auch das Thema der Nachfolge in Handwerksbetrieben?

**!** Das ist ein großes Thema. Wenn z.B. in der Autoindustrie ein paar Arbeitsplätze wackeln, dann ist die Bundeskanzlerin vor Ort. Aber dieses stille Sterben der Handwerksbetriebe wird gar nicht zur Kenntnis genommen. Die kommen gar nicht dazu, einen Hilferuf abzusetzen, weil sie rund um die Uhr arbeiten, auch am Wochenende noch. Dort müßte man ansetzen, damit der Staat sein Augenmerk darauf richtet, und man müßte durch eine bessere Bildungspolitik den Betrieben fähigere Leute zur Verfügung stellen. Auch durch Bürokratieabbau wäre viel geholfen, damit nicht auch noch der Sonntagvormittag des Firmeninhabers durch das Ausfüllen von Statistiken in Beschlag genommen wird. Es gibt inzwischen viele Hemmnisse, durch die Firmeninhaber der Meinung sind, daß sich ihre Arbeit nicht mehr rentiert und sie keinen Nachfolger möchten. Wir müssen den Mittelstand wieder attraktiv machen und ihm Planungssicherheit bieten.

Das Antragsverfahren für Wirtschaftsförderung muß vereinfacht werden. Da findet sich auch wieder eine Parallele zum Thema Breitband: Da ist der Bürgermeister der Bettler, der alles richtig ausfüllen muß. Bei der Wirtschaftsförderung ist es ähnlich. Es ist teilweise so, daß Fördergelder der EU nicht abgerufen werden, weil die Unter-



nehmen entweder davon gar nichts wissen oder weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen. Der Staat sollte sich hier zur Aufgabe machen, den Unternehmern die einzelnen Förderprogramme unbürokratisch anzubieten, weil der Unternehmer genug damit zu tun hat, sich um sein Tagesgeschäft zu kümmern. Großkonzerne haben für solche Anliegen eigene Anwaltskanzleien etc., aber der kleine Mittelständler ist teilweise einfach mit diesen Themen überfordert.

**?** Wie kann man die bisherige Entwicklung des ländlichen Raums verbessern?

**!** Die Metropolpolitik der vergangenen Jahre, in denen man nur die Großstädte gefördert und damit am flachen Land vorbeientwickelt hat, war falsch. Diese Politik führt auf Dauer auch dazu, daß in den Großstädten neue Probleme entstehen, wenn die Städte immer mehr Einwohner haben. Dadurch steigen die Mieten, die Verkehrsstaus nehmen zu, die Kindergartenplätze werden noch knapper und die Schulen noch voller. Unterm Strich schadet die ausschließliche Metropolförderung sogar den Städten. In den Städten gibt es Personen, die ein Interesse an steigenden Mieten und Grundstückspreisen haben. Diese Leute haben mehr Einfluß auf die Politik als der Bauer auf dem Land, der um den Wert seiner Ländereien fürchtet und unter dem Wegzug der Bevölkerung leidet. Diese Diskrepanz zwischen Städten und dem Land müssen wir lösen.

Der Ausbau mit schnellem Internet ist eines der Kernthemen, die eine positive Entwicklung des ländlichen Raums ermöglichen. Wichtig ist, daß diese Regionen in der Landespolitik nicht aus den Augen verloren werden. Es bleibt abzuwarten, welche der Forderungen der Freien Wähler in Zukunft Gehör finden und zum Wohle der ländlichen Räume von der bayerischen Staatsregierung umgesetzt werden. ←

» Wir müssen alle Facetten beleuchten, die das Leben vor Ort möglich machen... «